

26
78

Union in Deutschland

Bonn, den 6. Juli 1978

Liebe Freunde!

Am 8. Oktober geht es in Hessen darum, ob nach dreißigjähriger SPD-Regierung der überfällige demokratische Wechsel stattfindet. Der hessische Bürger hat ein Anrecht darauf, daß seine Probleme durch eine unverbrauchte politische Partei neu angepackt und gelöst werden.

Die SPD klammert sich an die Macht. Brandt sieht in seiner Rede vor den Spitzengremien der SPD am 27. Juni 1978 in Bonn „die politische Stabilität in der Bundesrepublik Deutschland bedroht“, wenn die Landtagswahl in Hessen für die SPD verloren geht. Mit seiner Politik düsterer Beschwörungen versucht er davon abzulenken, daß in Hessen längst der demokratische Wechsel fällig ist.

Die CDU widerspricht der Auffassung Brandts, daß sich bei den Erfolgen der Grünen Listen „ein allgemeines Unbehagen artikuliert“. Es wird dem SPD-Vorsitzenden nicht gelingen, die Verantwortung für die politischen Fehler und Versäumnisse auf alle Parteien abzuladen. Das Protestpotential hat eindeutige Ursachen. Die SPD — in sich zerstritten, uneinig und handlungsunfähig — entzieht sich seit Jahren den schweren Problemen, vor denen wir heute stehen. Stichworte reichen aus: eine nie gekannte Staatsverschuldung, 1 Mio. Arbeitslose seit vier Jahren, Gefährdung der

Weiter auf Seite 2

■ BUNDESTAG

Abbau der Steuerlast erneut von der SPD/FDP-Koalition abgelehnt
Seite 5

■ KOALITION

NRW-SPD hat abgewirtschaftet
Seite 9

■ SPENDEN

Gemeinsame Erklärung zur Änderung des Parteiengesetzes
Seite 11

■ PRÄSIDIUM

Grundsätze zur Besteuerung der Land- und Forstwirtschaft
Seite 12

■ ARGUMENTE

Die CDU ist die Partei der Steuersenkungen
Seite 14

■ PARTEIARBEIT

Grundsatzprogramm in der Diskussion
rosa Teil

■ UID-EXTRA

Innere Sicherheit — was wurde beschlossen, was abgelehnt
gelber Teil

■ DOKUMENTATION

Betriebsratswahlen 1978 —
Rückblick und erste Bilanz
grüner Teil

(Fortsetzung von Seite 1)

Renten und des Netzes der sozialen Sicherung, halbherzige Verteidigung des Rechtsstaates, Versagen in der Steuerpolitik, Vermögensbildung, Familien- und Bildungspolitik: ein Berg von Problemen, die ungelöst sind und von dieser Partei und der SPD/FDP-Koalition nicht gelöst werden können.

Auch in Hessen konnte von der SPD keines der schwerwiegenden Probleme gelöst werden. Die hessische Bildungspolitik und Verwaltungsreform sind Kennzeichen einer gescheiterten Politik. Die ruinöse Politik eines Albert Osswald ist abgelöst worden von einer Politik der Beschwichtigung. Holger Börner ist ein Mann, auf den die Sozialdemokraten schon deswegen stolz sind, weil er nichts tut.

An Aufgaben, die angepackt werden müssen, besteht kein Mangel, weder in Bonn noch in Hessen: Sicherung der Arbeitsplätze; Gewährleistung der inneren Sicherheit; Entbürokratisierung durch Förderung der privaten Initiative; Sicherung der Zukunftschancen der Jugend; finanzielle Konsolidierung unseres Systems der sozialen Sicherung; familien- und kinderfreundliche Gesetze; Durchsetzung einer freiheitlichen und humanen Bildungspolitik.

Die kurz vor der Sommerpause, insbesondere von der FDP, entfachte Diskussion um eine schnelle und wirksame Steuerreform ist nicht das Ergebnis einer wohldurchdachten politischen Entscheidung, sondern eine hektische Reaktion auf die katastrophalen Wahlniederlagen in Hamburg und Niedersachsen. SPD und FDP befinden sich seit 9 Jahren in der Regierung. Beide haben die Zeit nicht genutzt. Seit 1969 ist die Bundesrepublik Deutschland auf dem Marsch in den Steuer- und Abgabenstaat. Die immer wieder von der Union vorgelegten Vorschläge zur Steuerreform sind von der SPD/FDP zurückgewiesen worden. Der von CDU/CSU am 21. Juni 1978 im Deutschen Bundestag eingebrachte Antrag, zum 1. Januar 1979 einen neuen und ermäßigten Einkommens- und Lohnsteuertarif einzuführen, wurde wieder mit den Stimmen der FDP abgelehnt.

Es zeigt sich inzwischen, daß die SPD ebenso wie die FDP politisch außer Stande ist, das Steuersystem zu reformieren. Beide Parteien wollen Steuer-senkungen erst für das Wahljahr 1980 beschließen: Sie tragen daher die Verantwortung dafür, daß die deutsche Wirtschaft weiter belastet, dadurch das Wachstum gehemmt, die Zahl der Arbeitslosen nicht abgebaut wird und gleichzeitig immer mehr Arbeitnehmer in die Steuerprogression geraten (1978: 50 %, 1980 über 60 %).

Eine freiheitliche Demokratie lebt vom Wechsel. In der Demokratie ist Macht kein Selbstzweck, sondern ein Auftrag auf Zeit. Die SPD/FDP-Koalition ist ihrem Auftrag nicht gerecht geworden.

Ihr

Heiner Geißler

(Heiner Geißler)

■ INFORMATION

Das Bauen soll erleichtert werden

Die CDU/CSU will das Bauen innerhalb zusammenhängend bebauter Ortsteile und in Außenbereichen dort erleichtern, wo sich dies mit einer geordneten städtebaulichen Entwicklung vereinbaren läßt. Eine entsprechende Novelle zum Bundesbaugesetz hat die Opposition im Bundestag eingebracht. Nach Mitteilung des wohnungsbaupolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion, Friedrich-Adolf Jahn, sollen die Gemeinden ermächtigt werden, Gebiete mit besonderer herkömmlicher Siedlungsstruktur durch Satzung als im Zusammenhang bebaute Ortsteile festzulegen, so daß in diesen Gebieten Baulücken geschlossen werden können. Das Bauen soll auch bei Erweiterung eines zulässigerweise errichteten und seit längerer Zeit von dem Eigentümer eigengenutzten Wohngebäudes erleichtert werden, wenn die Erweiterung der angemessenen Wohnraumversorgung des Eigentümers und seiner zum Haushalt gehörenden Familienangehörigen dient.

Gewerbesteuerumlage der Gemeinden senken!

Bei neuen Steuererleichterungen im Gewerbesteuerbereich, wie sie zur Zeit diskutiert werden, muß die Gewerbesteuerumlage, die die Gemeinden in Höhe von 38 % ihres Gewerbesteueraufkommens an Bund und Länder zahlen, in der Höhe des Steuerausfalls bei den Gemeinden gesenkt werden, erklärte Horst Waffenschmidt, Bundesvorsitzender der Kommunalpolitischen

Vereinigung der CDU und CSU. Die aus gesamtwirtschaftlicher Sicht zu begrüßende Steuererleichterung dürfe nicht dazu führen, daß die Finanzlage der Gemeinden noch kritischer wird als sie es ohnehin schon ist. Dies gilt um so mehr, als im Jahre 1978 die Steuereinnahmen unter allen Gebietskörperschaften bei den Gemeinden am wenigsten wachsen.

CDU-Frauen sprachen mit dem DGB-Vorstand

Überlegungen zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen für Frauen sowie zum Abbau der familienbedingten Benachteiligungen am Arbeitsplatz und die Einführung eines Erziehungsgeldes standen im Mittelpunkt von Gesprächen zwischen dem Bundesvorstand der CDU-Frauenvereinigung unter Leitung von MdB Helga Wex und dem Deutschen Gewerkschaftsbund unter Leitung seines Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter. Auch über Möglichkeiten zum Abbau der hohen Frauenarbeitslosigkeit wurde gesprochen.

Sozialisten gegen Privatkrankehäuser

Unter dem Vorwand notwendigen Bettenabbaus im Krankenhausbereich wird jetzt von sozialistischen Politikern versucht, mit Hilfe des Krankenversicherungskostendämpfungsgesetzes (KVKG) und der Änderung des § 371 RVO kleinen und mittleren Krankenhäusern das Lebenslicht auszublenden. Dies erklärte Adolf Müller-Remscheid, MdB, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Sozialpolitik der CDU. Die Pluralität der Krankenträger werde dadurch entscheidend geschwächt und damit eine wichtige Voraussetzung für ein patientennahes, effizientes und wirtschaft-

liches Krankenhauswesen willkürlich zerstört.

Der Bundesfachausschuß Sozialpolitik ist einhellig der Auffassung, daß ausreichende, zweckmäßige und unter Berücksichtigung der Leistungsfähigkeit des Krankenhauswesens wirtschaftliche Krankenhauspflege auch von privaten, freigemeinnützigen und konfessionellen Krankenhäusern geleistet werden kann — ja diese Krankenhäuser oft wirtschaftlicher arbeiten als öffentliche Krankenhäuser. Der Bundesfachausschuß fordert die Bundesregierung auf, möglichst bald für eine eindeutige Auslegung des § 371 RVO zu sorgen.

Kurzsichtiger Vorschlag

Den Vorschlag der FDP und des Bundesfinanzministers, die Kfz-Steuer zu beseitigen und dafür die Mineralölsteuer anzuheben, hält der Bundestagsabgeordnete Ernst Müller-Hermann für sehr bedenklich und nicht bis zu Ende gedacht. Um die Kraftfahrzeugsteuer-einnahmen des Jahres 1977 zu erreichen, müßte die Mineralölsteuer um 14,5 Pfennig je Liter Treibstoff, zuzüglich 12 % Mehrwertsteuer, insgesamt 16,24 Pfennig je Liter, erhöht werden. Dies müßte auf die erdölproduzierenden Länder, die nur darauf warten, den Ölpreis kräftig anzuheben, wie eine Provokation wirken. „Man würde den erdölproduzierenden Ländern nicht überzeugend die Gefahren einer Ölpreiserhöhung klarmachen können, wenn die Industriestaaten mit dem verarbeiteten Produkt ihrerseits sich immer größere Einnahmen zuschanzen. Deshalb sind die Vorschläge aus politischen Gründen höchst unklug“, erklärte Müller-Hermann. Der Grundgedanke, die Verwaltungskosten bei der Kraftfahrzeugsteuer zu senken, bleibe richtig. Das ließe sich aber mit dem seit

Jahren diskutierten Plakettenverfahren zur Vereinfachung der Kfz-Steuer ebenso erreichen.

25 Jahre CD-Fraktion des Europäischen Parlaments

In diesen Tagen blickt die Christlich-Demokratische Fraktion des Europäischen Parlaments auf 25 Jahre Tätigkeit für Europa zurück. Schon am zweiten Tage des Zusammentretens der gemeinsamen Versammlung der EGKS am 11. September 1952 schlossen sich — noch inoffiziell — die christlich-demokratischen Abgeordneten aus den sechs Mitgliedsstaaten zusammen. Sie waren es auch, die als erste mit einem Antrag auf Ergänzung der Geschäftsordnung der gemeinsamen Versammlung den Anstoß zur Bildung multinationaler politischer Fraktionen gegeben haben.

Bruno Heck wiedergewählt

Für weitere zwei Jahre wurde der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Bruno Heck, in seinem Amt bestätigt. Die Mitgliederversammlung, das höchste Beschluß- und Aufsichtsgremium der Stiftung, wählte neben Dr. Heck auch die anderen Vorstandsmitglieder der Konrad-Adenauer-Stiftung: stellvertretender Vorsitzender wurde wiederum Dr. Manfred Wörner, MdB, und Schatzmeister der niedersächsische Finanzminister Walther Leisler Kiep. Weiterhin gehören dem Vorstand an: Dr. Helmut Kohl, MdB, Kai-Uwe von Hassel, MdB, Dr. Konrad Kraske, MdB, Dr. Günter Rinsche, MdL, sowie Dr. Heiner Geißler als kooptiertes Mitglied. Neu in den Vorstand kooptiert wurde Prof. Paul Mikat, MdB. Karl-Heinz Bilke, bisheriger Bundesgeschäftsführer der CDU, wird zum 1. September 1978 sein neues Amt als Hauptgeschäftsführer der Konrad-Adenauer-Stiftung antreten.

■ HALBZEIT IM 8. DEUTSCHEN BUNDESTAG

Abbau der Steuerlast erneut von der SPD/FDP-Koalition abgelehnt

Halbzeit der 8. Legislaturperiode im Deutschen Bundestag. In der letzten Parlamentswoche vor den Sommerferien standen eine Reihe wichtiger Fragen zur Debatte bzw. zur Beschlußfassung, u. a. ein Antrag der Unionsfraktionen, die drückende Steuerlast schon zum 1. Januar 1979 zu senken. Aber SPD und FDP lehnten wieder einmal ab (vgl. auch Seiten 14/15). Nachfolgend eine Zusammenfassung der wichtigsten Beschlüsse:

Es ist allein der CDU/CSU zu verdanken, daß nach den Verhandlungen im Vermittlungsausschuß das von der Bundesregierung als Zuschußpro-

gramm geplante Heizenergiesparprogramm nun eine nahezu 50%ige steuerliche Förderung vorsieht, stellt Friedrich Adolf Jahn (Münster) fest: Der heizenergiesparende Bürger ist damit nicht auf bürokratische Antragswege — wömmöglich noch im Windhundverfahren — angewiesen; er kann Steuervergünstigungen in Anspruch nehmen, auf die er einen Rechtsanspruch hat und auf die er sich langfristig einstellen kann.

Durchgesetzt hat sich die CDU/CSU auch mit ihrem Anliegen einer Harmonisierung der Modernisierungs- und Energiesparförderung. Damit wird eine weitere Aufblähung der Bürokratie verhindert.

Neue Straßenverkehrsgesetze kosten den Bürger viel Geld

Zu der vom Bundestag verabschiedeten Novelle zum Straßenverkehrsgesetz erklärt der Abgeordnete Günter Straßmeir: Die CDU/CSU hält die Maßnahmen dieses Gesetzes, nämlich

- die bessere Diebstahlsicherung von Fahrzeugen und Nummernschildern,
- die Einführung fälschungssicherer Kfz-Papiere und Nummernschilder,
- die kontrollierte Herstellung und Ausgabe von Nummernschildern auf Berechtigungsschein,
- die bessere Überwachung der Autovermietung an Selbstfahrer

für dringend erforderlich. So sehr die CDU/CSU die Zielsetzung dieses Gesetzentwurfs begrüßt, das angewandte Gesetzgebungsverfahren weist eine ganze Reihe bedenklicher Gesichtspunkte auf. So darf niemand übersehen, daß durch dieses Gesetz erneut eine Flut von Verwaltungsvorschriften und Anordnungen einschließlich finanzieller Mehrbelastungen auf den Bürger zukommt.

Noch bedenklicher ist, daß der Gesetzgeber der Bundesregierung Ermächtigungen zum Erlaß von Rechtsverord-

nungen gibt, über deren Inhalt und Ausfüllung die Bundesregierung selbst bisher keinerlei klare Vorstellungen hat. Dies gilt insbesondere für die diebstahl- und fälschungssicheren Kfz-Kennzeichen.

Zwei Schwerpunkte in der Entwicklungshilfe

Zum Thema Entwicklungspolitik erklärte Jürgen G. Todenhöfer als entwicklungspolitischer Sprecher der Fraktion: Nach Auffassung der CDU/CSU muß die Entwicklungspolitik in Zukunft stärker in unsere auswärtige Gesamtpolitik eingeordnet werden. Einordnung bedeutet allerdings nicht Unterordnung: Die spezifische Aufgabe der Entwicklungspolitik muß auch in Zukunft darin

bestehen, einen Beitrag zur „Entwicklung“ der Dritten Welt zu leisten. Aber die Einordnung der Entwicklungspolitik in unsere auswärtige Politik verlangt, daß bei der Vergabe von Entwicklungshilfe auch die lebenswichtigen außen- und sicherheitspolitischen Interessen der Bundesrepublik Deutschland berücksichtigt werden.

Wir fordern deshalb für die Entwicklungspolitik eine doppelte Schwerpunktsetzung:

- ① Die besondere Förderung der ärmsten Entwicklungsländer und der besonders armen Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern, und
- ② eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Ländern, deren außenpolitische Ziele und Interessen sich mit den unseren decken.

Interessen der strukturschwachen Länder mißachtet

Der Versuch des Bundesrates, über ein Vermittlungsverfahren die Investitionszulage für strukturschwache Regionen von 7,5 auf 10 % zu erhöhen, wurde wegen Stimmgleichheit abgelehnt. Auch das Bemühen der unionsgeführten Länder, die Investitionszulagen für den weiten Bereich des Mittelstandes zu öffnen, stieß bei der Koalition auf Unverständnis. Ludolf von Wartenberg erklärt dazu:

Die Änderungsanträge der CDU/CSU und das Bemühen des Bundesrates zielen darauf ab, der besonderen Lage der strukturschwachen Gebiete, des Küstenraums und des Zonenrandgebiets Rechnung zu tragen. Die Arbeitslosigkeit in diesen Gebieten ist besonders hoch, die Zukunftschancen der jungen Generation zum Teil so aussichtslos,

daß nur eine stärkere Förderung der arbeitsplatzschaffenden Investitionen Abhilfe schaffen könnte. Es ist das legitime Ziel und eine verpflichtende Aufgabe der Länder, jede Verbesserung für diese wirtschaftsschwachen Gebiete zu fordern. Die CDU/CSU unterstützt diese Zielsetzung und lehnt deshalb das Vermittlungsergebnis, das kein Entgegenkommen der Regierungsseite darstellt, ab.

Neuer Vorstoß in der Vermögenspolitik

Bei der ersten Lesung des Vermögensbeteiligungsgesetzes der CDU/CSU erklärte der eigentumspolitische Sprecher der CDU/CSU, Elmar Pieroth:

In der Vermögenspolitik zeigt sich eine doppelte Kontinuität;

— die im Handeln, das ist die Leistung der CDU/CSU:

Von der Wohnungsbauförderung, über Belegschaftsaktien, 312-DM-Gesetz und Beteiligungslohnentwurf bis zum heutigen Gesetz zur Förderung der direkten, betriebsnahen Gewinn- und Kapitalbeteiligung;

— die bloßer Versprechungen, das ist Dauerzustand der Bundesregierung:

Von den Ankündigungen in den Regierungserklärungen Bundeskanzler Schmidts, über den unerfüllten Fride-richts-Plan, bis zu den wiederholten Anläufen von Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff.

Jetzt kommt es nicht darauf an, die Sparförderung zu beschneiden, wie es Finanzminister Matthöfer verlangt hat. Sondern die Sparförderung muß durch Umschichtung so verbessert werden, daß das Sparen in Produktivkapital attraktiver wird.

Der Gesetzentwurf der CDU/CSU hat zum Ziel:

① Er erstreckt die Sparförderung auf alle Beteiligungswerte, die zur betrieblichen Vermögensbeteiligung der Bürger geeignet sind.

② Er beseitigt die steuerlichen Hemmnisse, die Arbeitnehmer vor betrieblichen Beteiligungen zurückschrecken lassen könnten.

③ Er enthält Mindestvoraussetzungen, die bei Insolvenz schützen, Mobilität der Arbeitnehmer und Liquidität der Unternehmen sichern.

Im Gesetzentwurf sind die Bewertungsprobleme gelöst, die von der Koalition immer als Ablehnungsgrund vorgeschoben werden.

Schon heute gibt es

— über 800 Beteiligungsfirmen

— mit mehr als 800 000 Beschäftigten

— mit über 2 1/2 Milliarden DM Mitarbeiterkapital.

Damit zeigt sich, daß die Idee der betrieblichen Vermögensbeteiligung nicht nur praktisch hervorragend funktioniert, sondern selbst bei ungünstigen Rahmenbedingungen von den Beteiligten gewünscht wird. Als Folge der von CDU/CSU erarbeiteten gesetzlichen Änderungen ist deshalb ein breiter Durchbruch bei den Beteiligungssystemen zu erwarten.

Das Gesetz ist ein großes Angebot an die Tarifpartner, das ihren Handlungsspielraum erweitert und den Verteilungskampf entschärft. Wer dieses Gesetz nutzt, steckt den Klassengegensatz dahin, wohin er gehört: ins Museum für Sozialgeschichte. Deshalb appelliert die CDU/CSU an Arbeitgeber und Gewerkschaften, unser Angebot aufzugreifen und zum Wohle aller zu praktizieren.

Entscheidend ist, daß der Deutsche Bundestag hierfür die Voraussetzungen schafft. Vor allem die FDP kann jetzt beweisen, ob ihr die wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Vorteile einer breiteren Streuung des Produktivkapitals mehr wert sind als koalitionsinterne Rücksichtnahme.

Antrag der Koalition verdient wenig Respekt

Zum Thema Menschenrechte erklärte Franz Amrehn: Die Koalitionsmehrheit hat unseren Antrag, sich in den Vereinten Nationen gegen die Verletzung der Menschenrechte „insbesondere auch in Mitteldeutschland und in den mittelost-

europäischen Ländern“ zu wenden und das Recht auf „Selbstbestimmung aller Deutschen“ nachhaltig zur Geltung zu bringen, im Auswärtigen Ausschuß überstimmt. In ihrem eigenen Entwurf begrüßt sie, daß die Bundesregierung für die Verwirklichung in allen Teilen der Welt — auch in Europa — eintrete und daß sie immer wieder bekräftigt habe, das in der Charta der Vereinten Nationen verankerte Prinzip der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung müsse auch für die unteilbare deutsche Nation verwirklicht werden.

Diese Weigerung, die Verletzung der Menschenrechte im anderen Teil Deutschlands vor den Vereinten Nationen offen beim Namen zu nennen, verdient so wenig Respekt, wie es nicht genügt, die bloße Wiederholung starrer Formeln aus dem Brief zur deutschen Einheit als aktive Politik für Deutschland auszugeben.

Regierung verstößt erneut gegen das Grundgesetz

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat der Bundesregierung die Entlastung für die Haushaltsjahre 1973 und 1974 verweigert. Die Haltung der Fraktion begründete der Abgeordnete Bernhard Friedmann mit den Verfassungsverstößen des damaligen Bundesfinanzministers und heutigen Bundeskanzlers Helmut Schmidt. Friedmann erinnerte daran, daß das Bundesverfassungsgericht zu dem Urteil gelangt sei, Schmidt habe persönlich als damaliger Bundesminister der Finanzen durch seine Zustimmung zu über- und außerplanmäßigen Ausgaben in vier Fällen die Rechte des Deutschen Bundestages aus Artikel 110 des Grundgesetzes verletzt. Heute, so

Friedmann weiter, sei die Bundesregierung unter Führung des Bundeskanzlers Schmidt auf dem besten Wege, in der Haushaltspolitik erneut gegen das Grundgesetz zu verstoßen, indem sie sich über die Verschuldensgrenze des Artikels 115 Grundgesetz hinwegsetze. Die Verweigerung der Entlastung bedeute deshalb nicht nur Mißbilligung für die Vergangenheit; sie stelle vielmehr auch eine Mißtrauenserklärung für die Gegenwart dar.

Freiheit für Nico Hübner gefordert

Einen Entschließungsantrag für die Freiheit von Nico Hübner begründete der Berliner CDU-Abgeordnete Peter Kittelmann wie folgt: Es ist Aufgabe aller politischen Parteien, zu beweisen, daß Nico Hübner nicht vergessen wird. Nico Hübner ist kein linker Revolutionär, der nur andere Formen des Sozialismus fordert, als sie zur Zeit in der DDR verwirklicht werden. Er ist kein Havemann, Bahro oder Biermann. Hübner lehnt den Sozialismus ab. Deshalb erhebt sich bei den linken intellektuellen Kreisen auch kein Protest und rührt sich keine Spur von Solidarität für ihn. Er ist nur ein junger Mann, der sich mit seinen Worten, die aus persönlichem Erleben geprägt sind, zur Wehr setzt gegen ein System, das er nicht anerkennt. Um so mehr bedarf er der Hilfe aller demokratischer Parteien, denn Nico Hübner hat sich mit seinem Opfer um Deutschland und vor allem um Berlin verdient gemacht. Das frei gewählte Deutsche Parlament, der Deutsche Bundestag, muß sich für die Freilassung Nico Hübners einsetzen, denn er kommt damit seiner Verpflichtung der Fürsorge und des Schutzes für alle Deutschen nach.

■ KOALITION

NRW-SPD hat abgewirtschaftet

Der Termin ist jetzt fest gebucht. Es hat vieler Ränkespiele bedurft, um den Rücktrittsbeginn von Heinz Kühn zustande zu bringen. Da gab es jene Intervention von prominenten SPD-Politikern bei der FDP, den Rücktritt herbeizuführen, und da gab es jenes makabere Wochenende, an dem der Bezirksvorsitzende Niederrhein, einer jener Zaunkönige, wie Herbert Wehner sie einmal bezeichnet hat, den Rücktritt des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen als „überfällig“ bezeichnete.

Die CDU fordert deshalb den politischen Neubeginn, und deshalb hat sie auch als Anlaß des bevorstehenden Wechsels im Amt des Ministerpräsidenten der FDP in Nordrhein-Westfalen Gespräche vorgeschlagen, um diesen Neubeginn zu ermöglichen. Bereits zu Beginn dieses Jahres hat die CDU den Ministerpräsidenten aufgefordert, zurückzutreten und damit den Weg für einen neuen Anfang freizumachen. Dennoch beteiligt sich die CDU nicht an dem würdelosen Verfahren der persönlichen Demontage von Heinz Kühn, weil damit auch das Amt in Mitleidenschaft gezogen wird.

Die CDU hat bisher ihre Funktion als Opposition in Nordrhein-Westfalen in konstruktiver kritischer Weise wahrgenommen, und sie wird dies weiterhin tun. Daran ändert auch die Ablehnung des Gesprächsangebots durch die FDP nichts. Daß die FDP weiterhin an der

Seite der SPD bleiben will, nimmt die CDU in Nordrhein-Westfalen zur Kenntnis. Es wird die Sorgen der FDP nicht vermindern. Der vom FDP-Landesvorstand öffentlich geäußerte Gedanke, die CDU führte Kampagnen gegen die FDP, die nicht geeignet seien, ein Klima für Verhandlungen in dem von der CDU vorgeschlagenen Sinne herzustellen, wird die CDU nicht veranlassen, ihre Rolle als Opposition zu vernachlässigen.

Die strukturell bedingten Schwächen im Bereich von Kohle und Stahl, die Arbeitslosenproblematik, die von der Bevölkerung erzwungene Neuorientierung der Bildungspolitik und die erforderlich gewordene Neudefinition der ordnungspolitischen Rolle der Westdeutschen Landesbank (WestLB) fordern die Landesregierung heraus, dies gilt auch für die Sorgen unserer mittelständischen Wirtschaft. Hier ergeben sich Fragen, die nicht ohne Antwort bleiben dürfen. Die Regierung vermag sie angesichts ihres Zustandes nicht zu geben. Sie ist vielmehr damit beschäftigt, den Rücktritt des Ministerpräsidenten zu organisieren und die sozialliberale Götterdämmerung zu verhindern.

Für die Mehrheit der Bürger sind die Vorgänge in Düsseldorf kaum noch durchschaubar. Eines hat sich jedoch mit aller Deutlichkeit herauskristallisiert: Die SPD hat als führende Regierungspartei endgültig abgewirtschaftet.

Vor neuer SPD-Offensive in der Kommunalpolitik

Die SPD will sich wieder verstärkt der Politik der Gemeinden, Städte und Landkreise widmen, wo sie seit Jahren kontinuierlich an Einfluß verloren hat. Eine Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK), die

am 10. September in Kassel auf Bundesebene gegründet wird, soll die organisatorischen Voraussetzungen für eine breite sozialdemokratische Offensive in den Kommunen bilden. Wie aus SPD-Vorstandskreisen verlautet, werden der frühere Frankfurter Oberbürgermeister Rudi Arndt, der Dortmunder OB Günter Samtlebe sowie der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Hermann Schmitt-Vockenhausen, gleichberechtigt den Vorsitz der neuen Bundesgemeinschaft sozialdemokratischer Kommunalpolitiker übernehmen.

Wahlmanipulation mit Oma und Opa

Georg Titzler, SPD, ehemaliger Bürgermeister der bayerischen Gemeinde Höchstädt an der Donau, wurde zu einer Geldstrafe von 12 000 DM wegen versuchter Wahl- und Urkundenfälschung verurteilt. Titzler brachte einem älteren Ehepaar die Wahlzettel in die Wohnung — schon fertig ausgefüllt, angekreuzt war die SPD-Liste. Als das Ehepaar die offensichtliche Manipulation bemerkte, waren sie entsetzt: „Wir beide haben noch niemals die Sozis gewählt...!“ Nachbarn, denen sie sich anvertrauten, erstatteten die Anzeige.

„Vorwärts“ stützt sowjetische Berlin-Politik

Der Berliner CDU-Vorsitzende Peter Lorenz hat den Regierenden Bürgermeister Stobbe und den SPD-Landesvorsitzenden Löffler aufgefordert, gemeinsam dafür zu sorgen, daß nicht die berlinfeindlichen Thesen des Sowjet-Botschafters Abrassimow vom SPD-Organ „Vorwärts“ kritiklos übernommen und vertreten werden. Lorenz wies darauf hin, daß in der neuesten Ausgabe des „Vorwärts“ die Meinung vertreten wer-

de, „Bindungen Berlins an den Bund — das sollte weniger ritualisierte Demonstration von Bonner Präsenz als vielmehr raschere Verkehrs-Verbindungen nach Westdeutschland“ sein. Mit dieser Meinung übernehme der „Vorwärts“ — so Lorenz gegenüber dem Deutschland-Union-Dienst (DUD) — weitgehend die sowjetische Interpretation des Viermächteabkommens, wie sie zuletzt von Abrassimow in seinem Fernsehinterview vertreten worden sei, nämlich, daß im Abkommen lediglich die Verbindungen, nicht aber die Bindungen Berlins an den Bund garantiert seien. Lorenz forderte Stobbe auf, klarzustellen, daß die von der SPD-Parteizeitung „Vorwärts“ vertretene These den Interessen Berlins zuwiderlaufe und schade.

SPD-Juristen wollen Gewalt legalisieren

Als klarer Verstoß gegen unsere rechtsstaatliche Ordnung ist, wie Hermann Josef Russe, Mitglied des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Deutschen Bundestages, erklärte, der Beschluß der Bundeskonferenz der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen (ASJ) zu werten, der Betriebsbesetzungen dann sanktionieren will, wenn anders die Arbeitsplätze nicht gesichert werden könnten. Hier wird erstmals in der deutschen Rechtsgeschichte die Legalisierung von Gewalt im Arbeitsrecht gefordert. Bislang gilt gerade das deutsche Betriebsverfassungs- und Arbeitskämpfrecht mit seiner Konfliktregelung in einem formalistischen Verfahren, das die Tarifpartner an feste, gewaltfreie Regeln bindet, als vorbildlich in der freien Welt. Die ASJ weicht von dieser Rechtsauffassung eindeutig ab.

■ SPENDEN

Gemeinsame Erklärung zur Änderung des Parteiengesetzes

Auf ihren letzten Sitzungen vor der Sommerpause haben die drei Fraktionen des Deutschen Bundestages eine gleichlautende Erklärung zur Novellierung des Parteiengesetzes beschlossen. Diese Erklärung hat folgenden Wortlaut:

Aufgrund eines Bundesverfassungsgerichtsbeschlusses ist es erforderlich, das Parteiengesetz zu ändern, um eine Erstattung von Wahlkampfkosten für unabhängige Wahlkreisbewerber auch für die Vergangenheit vorzusehen.

Die vier im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien haben anlässlich dieser notwendig gewordenen Novellierung des Parteiengesetzes ihre Bundestagsfraktionen gebeten, die Formen und Möglichkeiten der finanziellen Förderung von politischen Parteien neu zu ordnen und mit dem Ziel zu regeln, Spenden und Zuwendungen an politische Parteien in vollem Umfang transparent und überprüfbar zu machen. Bei einer solchen Regelung sollen eine Umgehung des Parteiengesetzes ausgeschlossen und Zweifelsfragen aus der Vergangenheit beseitigt werden.

Dabei soll der Vorschlag eines allgemeinen Spendenfonds bei dem Präsidenten des Deutschen Bundestages unter Mitwirkung eines unabhängigen Gremiums für die Finanzierung der Parteien aus allgemeinen Spenden, die zur Finanzierung der staatspolitischen Auf-

gaben der Parteien gegeben werden, unter Beachtung der im Einkommensteuer- und Körperschaftsteuergesetz enthaltenen Begrenzung berücksichtigt werden. Gleichzeitig sollen die bisherigen steuerlichen Freibeträge für Spenden an die politischen Parteien den geänderten wirtschaftlichen Verhältnissen angepaßt werden.

Die Fraktionen setzen eine Arbeitsgruppe aus je zwei ihrer Mitglieder aus den vier Parteien ein, die ihnen bis zum 30. September 1978 einen Entwurf vorlegen sollen.

Änderungen bei den Wahlkreisen

Die Zahl der Wahlkreise für die künftigen Bundestagswahlen soll in Niedersachsen von 30 auf 31, in Baden-Württemberg von 36 auf 37 und in Bayern von 44 auf 45 erhöht werden. Dafür sollen die Wahlkreise in Hamburg von acht auf sieben und in Nordrhein-Westfalen um zwei von 73 auf 71 vermindert werden. Diesen Vorschlag hat die Wahlkreiskommission für die 8. Wahlperiode in einem Bericht an die Bundesregierung gemacht. Er ist dem Bundestag zugeleitet worden. Die Kommission verweist darauf, daß seit der letzten Wahlkreiseinteilung im Jahr 1965 die deutsche Bevölkerung in Hamburg und in Nordrhein-Westfalen abgenommen hat, während in Niedersachsen, Baden-Württemberg und Bayern Zunahmen zu verzeichnen sind.

■ PRÄSIDIUM

Grundsätze zur Besteuerung der Land- und Forstwirtschaft

Das Präsidium der CDU hat bei seiner Sitzung am 19. Juni 1978 Grundsätze zur Besteuerung der Land- und Forstwirtschaft verabschiedet. Dazu erklärt der Vorsitzende des Bundesfachausschusses für Agrarpolitik und stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Burkhard Ritz:

In diesen Grundsätzen zur Einkommensbesteuerung der Land- und Forstwirtschaft spricht sich die Union dafür aus, daß bei der Einkommensteuer der Landwirtschaft für die große Zahl mittlerer und kleinerer Betriebe eine Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen auf der Grundlage des Paragraphen 13 a Einkommensteuergesetz beibehalten wird. Dieses Besteuerungsverfahren führt für die Land- und Forstwirte und für die Verwaltung zu einer erheblichen Vereinfachung und Arbeits erleichterung und steht auch nach der Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs im Einklang mit den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Besteuerung.

Auf dieser Grundlage muß die Gewinnermittlung nach Durchschnittssätzen im Rahmen der Vorschriften des Paragraphen 13 a Einkommensteuergesetz weiterentwickelt werden, um sowohl die bisherige agrarpolitische Zielsetzung dieser Vorschrift aufrechtzuerhalten als auch Ungleichgewichte in der Einkom-

mensbesteuerung der Landwirte zu beseitigen.

Nach dem Landwirtschaftsgesetz von 1955 ist die Steuerpolitik ein notwendiges und geeignetes Mittel, um eine leistungsfähige Land- und Forstwirtschaft zu erhalten und weiter zu entwickeln. Mit dieser Zielsetzung sind in den zurückliegenden Jahren unter der Verantwortung der Unionsparteien wichtige steuerliche Vorschriften geschaffen und ausgebaut worden.

Kein Vorwand für Steuererhöhungen

Die vielfältigen Aufgaben einer modernen Agrarpolitik fordern auch in Zukunft den Einsatz steuerpolitischer Mittel. Das liegt zugleich im Interesse der Stabilisierung der Konjunktur und des Arbeitsmarktes in den ländlichen Gebieten.

Zur Lösung der Probleme der notwendigen Steuergerechtigkeit innerhalb der Landwirtschaft bedarf es einer differenzierten Anpassung der geltenden Durchschnittsbesteuerung an die geänderten wirtschaftlichen Verhältnisse. Dies darf aber nicht zum Vorwand für eine allgemeine Erhöhung der Steuerlastquote der gesamten Landwirtschaft werden und insbesondere zu keiner überdurchschnittlichen Steuerbelastung der deutschen Landwirtschaft im Vergleich mit den übrigen EG-Mitgliedstaaten führen. Untersuchungen des IFO-Institutes München haben bestätigt, daß auch in fünf weiteren Mitgliedstaaten eine Einkommensbesteuerung nach Durchschnittssätzen stattfindet.

Diesem Beschluß des CDU-Präsidiums kommt nicht zuletzt auch deshalb Bedeutung zu, weil der Landesvorstand der CSU gleichlautende Empfehlungen verabschiedet hat.

■ ANERKENNUNGSVERFAHREN

Gleiche Anerkennung für Wehrpflicht und Ersatzdienst gefordert

Einen Vierpunktekatalog hat die Kommission „Wehrdienst- und Zivildienstgesetz“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema Bundeswehr oder Ersatzdienst erarbeitet. „Ob in der Bundeswehr oder im Ersatzdienst — auf jeden Fall müssen an den einzelnen jungen Menschen die gleichen Anforderungen gestellt werden“, erklärte MdB Irma Tübler. Nachfolgend die vier Punkte:

① Durch die einstweilige Anordnung und das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes war die Bundesregierung gezwungen, den alten Rechtszustand wiederherzustellen. Das Wehrpflichtgesetz vom 21. Juli 1956 und das Zivildienstgesetz vom 13. Januar 1960 sind in ihren am 21. Juli 1977 geltenden Fassungen anzuwenden. Damit ist gleichzeitig aber auch ein Neubeginn für eine Novellierung des Wehrpflichtgesetzes und des Zivildienstgesetzes gegeben.

② Die Kommission ist der Meinung, daß eine Neuordnung des Ersatzdienstes erst beraten werden kann, wenn die Bundesregierung konkrete Vorstellungen entwickelt hat, die sich auf der Grundlage des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom 13. April 1978 befinden. Dazu gehört eine Ersatzdienstorganisation, die mindestens zweierlei gewährleistet:

a) daß es zu einem zweckmäßigen Einsatz der Ersatzdienstleistenden kommt,

b) daß der Dienst so ausgestaltet ist, daß eine gleiche zeitliche, körperliche und intellektuelle Belastung vorhanden ist, wie bei den Wehrpflichtigen.

③ Bei der Schaffung zusätzlicher Ersatzdienstplätze ist sorgfältig zu prüfen, welche Auswirkungen dieses auf den Arbeitsmarkt hat und wo außerhalb des sozialen Bereiches noch sinnvolle und realisierbare Entwicklungsmöglichkeiten gegeben sind. Dazu gehört eine nachprüfbare Kostenschätzung.

④ Über die Dauer des Ersatzdienstes und über die Modifizierung der Anerkennungsverfahren kann die Kommission erst beraten, wenn die Bundesregierung ihre Vorstellungen über den quantitativen und qualitativen Ausbau des Dienstes durch eine Gesetzesvorlage konkretisiert hat. Hierzu gehört insbesondere die Gewißheit, Ersatzdienst leisten zu müssen.

Erziehung zum Haß in der DDR

Der Wehrkundeunterricht in der DDR, den die SED vom 1. September an in allen neunten Klassen einführen will, ist nach Ansicht des CDU-Abgeordneten Olaf von Wrangel friedensgefährdend, weil er dazu geeignet sei, alle Bereiche des Lebens im kommunistischen Machtbereich zusätzlich zu militarisieren. Von Wrangel betont, durch die Wehrkunde sollten nun auch die Jüngsten in unerträglicher Weise zum Haß gegen alles mobilisiert werden, was der kommunistischen Lehre widerspricht.

■ ARGUMENTE

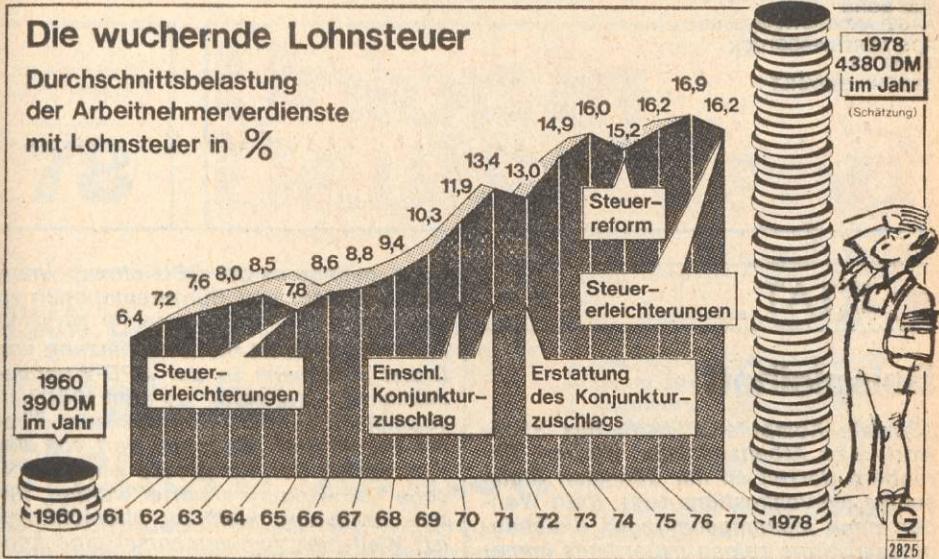
CDU – Partei der Steuersenkungen

So kann es nicht weitergehen. Nach 9 Jahren SPD/FDP-Regierungsverantwortung läuft fast die Hälfte jeder in der Bundesrepublik verdienten Mark durch öffentliche Kassen. Abgaben und Steuern waren noch nie so hoch wie heute. Bereits im nächsten Jahr werden rund 60 % der Arbeitnehmer in die Progressionszone des Einkommensteuertarifs rutschen: Sie müssen dann 30,8 % und mehr Steuern von ihrem Lohn zahlen. Heute werden Leistungs- und Aufstiegswille in unserem Lande bestraft, arbeitsplatzschaffende Investitionen der Wirtschaft gehemmt. Das ist das Ergebnis von 9 Jahren Politik der SPD und FDP. Vorrangige Aufgabe ist deshalb der Abbau der drückenden Überbesteuerung.

Die Union will eine andere Politik. Nicht mehr Staat, sondern ein besserer Staat, der mit weniger Geld auskommt und die Leistung nicht bestraft, kann die Wende herbeiführen. Nur er ist sozial. Leistung ist die Grundlage unseres Wohlstands. Deshalb fordert die Union:

- Einen neuen Einkommensteuertarif zum 1. Januar 1979, der den leistungsfeindlichen Sprung von 22 auf 30,8 % beseitigt.
- Abschaffung der Lohnsummensteuer. Sie ist eine Anti-Arbeitsplatz-Steuer.
- Abschaffung der Gewerbesteuer. Sie ist investitionsfeindlich.
- Beseitigung der Doppelbelastung der Betriebe und der Anteilseigner durch die ertragsunabhängige Vermögensteuer. Sie ist beschäftigungsfeindlich.
- Abbau der Bürokratie.
- Kampf der übertriebenen Staatstätigkeit.
- Kampf der Schuldenlawine.
- Eiserne Sparsamkeit.
- Durchforstung der öffentlichen Ausgaben.

Die FDP will in ihrer Existenzangst plötzlich zur Steuersenkungspartei werden. Es genügt jedoch nicht, wählerwirksam die Lippen zu spitzen. Es muß gepfiffen werden. Die CDU bietet der FDP an, den Steuerabbau gemeinsam gegen die SPD zu beschließen. Nur so kann die FDP beweisen, daß sie es ernst meint.



Die Tatsachen sehen bisher anders aus:

- Am 21. Juni 1978 hat die FDP zusammen mit der SPD den Antrag der CDU/CSU abgelehnt, zum 1. Januar 1979 einen neuen Einkommensteuertarif einzuführen.
- 1977 hat die FDP zusammen mit der SPD die Anträge der CDU/CSU auf Einführung eines Steuerabschlags nach dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz und eines neuen Einkommensteuertarifs zum 1. Januar 1978 abgelehnt.
- Noch vor wenigen Wochen hat die FDP im Bundestag die Verdoppelung der Heizölsteuer mitbeschlossen.
- Die FDP hat seit 1970 mit der SPD über 20 Steuer- und Gebührenerhöhungen durchgeführt.

Neun Jahre Leidensweg der SPD/FDP-Steuerpolitik sprechen für sich. Wenn es in der Steuerpolitik zum Schwur kommt, ist auf die FDP kein Verlaß. SPD und FDP haben den Würgegriff auf die Arbeitnehmerinkommen durch eine immer mehr anziehende Steuer- und Abgabenschraube zu verantworten. Der Unmut der Steuerzahler ist voll berechtigt.

Die CDU ist die einzige Partei, die auf die Kräfte der Leistungsbereitschaft und Privatinitiative setzt. Das beweist die Union mit ihrem zähen Kampf gegen die Steuererhöhungspolitik von SPD und FDP ständig. Die CDU ist die Partei der Steuersenkungen.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

ZITAT

Beispielhaft

„Soziale Kompetenz“ heißt das Stichwort, das Arbeitsminister Herbert Ehrenberg derzeit an der dünnsten Stelle seines Nervenkostüms trifft. Kein Wunder, denn Meinungsumfragen unabhängiger Institute zeigen neuerdings immer deutlicher einen Kompetenzvorsprung der Unionsparteien in Bereichen, die bisher als eindeutige Domäne der SPD galten. Ehrenberg versäumt es dennoch bei keiner öffentlichen Äußerung, der Union ob ihrer Rentenpolitik „soziale Inkompetenz“ zu bescheinigen.

SPD-Theoretiker und -Analytiker hingegen machen es sich nicht ganz so einfach. Hermann Scheer zum Beispiel schreibt in der Juni-Ausgabe von „Die Neue Gesellschaft“ (Herausgeber — für die Friedrich-Ebert-Stiftung — Willy Brandt, Chefredakteur Herbert Wehner): „Die CDU plant gegenwärtig besser.“ Obwohl es kaum ein gesellschaftspolitisches Problem gebe, so Scheer, das die SPD nicht ausgesprochen und zu dem sie Beschlüsse gefaßt

habe, gelinge es der CDU oftmals eher, Problemfelder und Bürgeremotionen zu besetzen.

Positiver noch ist die Einschätzung von Dieter Adelman in der SPD-Wochenzeitschrift „Vorwärts“ zu dem kürzlich veranstalteten CDU-Kongreß zum Thema Bürokratie: „Dennoch darf von der Konzeption der Kongresse eine politische Fernwirkung erwartet werden, deren Bedeutung nicht zu überschätzen ist: Weil hier zum erstenmal eine konservative Partei durch eine wohlüberlegte Veranstaltungskonstruktion versucht, die Problembeschreibungskompetenz der gesellschaftlichen Produktivkraft Wissenschaft zu gewinnen.“

Seit CDU-Generalsekretär Heiner Geißler vor einem Jahr den Ministersessel im rheinland-pfälzischen Sozialministerium in Mainz verlassen hat und nach Bonn übergesiedelt ist, wird auch innerhalb der Union die straffere Organisation der Partei und ihrer Führungsspitze im Konrad-Adenauer-Haus registriert. Der im „Vorwärts“ beispielhaft angesprochene Fachkongreß ist nur eine der Veranstaltungen, die in den vergangenen Monaten öffentliches Interesse gefunden haben.

Die Welt, 26. Juni 1978

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 21 80 40. Verlagsleitung: Peter Müllenbach, Gerhard Braun. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.

UId